



## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- A Planungsrechtliche Festsetzungen**
- 1. Art der baulichen Nutzung - § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB**  
**Allgemeines Wohngebiet - WA (§ 4 i.V.m. § 1 BauNVO)**  
 Gemäß § 1 (6) BauNVO wird für die Allgemeinen Wohngebiete - WA 1 bis WA 5 - festgesetzt, dass die ausnahmsweise zulässigen Arten der Nutzungen nach § 4 (3) BauNVO  
 - Nr. 4 Gartenbaubetriebe  
 - Nr. 5 Tankstellen  
 nicht zulässig sind.
- 2. Maß der baulichen Nutzung - § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. mit §§ 16, 17, 19 und 21 a BauNVO**  
**2.1 Grundflächenzahl - GRZ (gemäß § 19 BauNVO)**  
 Gemäß § 19 (4) Satz 3 BauNVO darf die festgesetzte GRZ für Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, Garagen und Stellplätze bis zur GRZ von 0,5 überschritten werden.  
**2.2 Trauf- und Firsthöhen (gemäß § 16 Abs. 2 Nr. 4 und § 18 Abs. 1 BauNVO)**  
 Die Trauf- und Firsthöhen beziehen sich auf die Höhe vom Bezugspunkt (s. 2.3). Die Traufhöhe ist die Differenz der Höhe vom Bezugspunkt (s. 2.3) und dem Schnittpunkt der Außenkante des Außenmauerwerkes mit der Oberkante der traufseitigen Dachhaut. Die Firsthöhen baulicher Anlagen dürfen die Höhenlage des Bezugspunktes (s. 2.3) max. 7,0 m und die Firsthöhen max. 10,0 m überschreiten.  
 Bei baulichen Anlagen mit Flachdach gilt der Abstand zwischen relevantem Bezugspunkt und oberster Dachkante als max. Gebäudehöhe entsprechend der festgesetzten Traufhöhe.
- 3. Bauweise - § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i. V. mit § 23 BauNVO**  
**4.1 Überbaubare Grundstücksfläche**  
 Keller und Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO unterhalb der Geländeoberfläche sind unzulässig.  
**4.2 Vor- und Zurücktreten von den Baugrenzen**  
 Die festgesetzten Baugrenzen dürfen gemäß §§ 23 (2) und 23 (2) BauNVO straßenseitig durch Hauseingänge, Vordächer (auch als eigenständige Konstruktionen ausgeführte Vordächer) und Treppen bis zu einem Maß von 1 m überschritten werden.
- 4. Stellplätze und Garagen - § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i. V. mit §§ 12, 23 BauNVO**  
 Garagen und überdachte Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche und innerhalb der Flächen für Garagen zulässig. Stellplätze, Garagen und zugehörige Nebeneinrichtungen in Geschossen unterhalb der Geländeoberfläche sind unzulässig.
- 5. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (GFL) - § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB**  
 Gemäß § 9 (1) Nr. 21 BauGB ist ein Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger ausgewiesen.
- 6. Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (M1) - § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB**  
 Innerhalb der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine 3 m breite, 1-reihige Hecke freiwachsend zu ziehen, zu schützen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten (siehe Pflanzliste M1 „Ungeschnittene Hecke“). Einfriedungen sind unzulässig.
- 7. Bezugspunkt - § 9 Abs. 3 BauGB**  
 Der Bezugspunkt für die Ermittlung der Höhe baulicher Anlagen ergibt sich aus der Höhe der im Plan festgesetzten Höhenlage der jeweils an das Grundstück angrenzenden Verkehrsfläche in Höhe der Mitte der überbaubaren Grundstücksfläche. Es gilt die jeweils nächst gelegene festgesetzte Höhenlage. Bei Eckgrundstücken ist die Grundstücksseite mit der höher gelegenen Verkehrsfläche maßgebend.
- B Baugestalterische Festsetzungen**  
**8. Baukörper**  
 Es sind Flach-, Sattel- und gegeneinander gesetzte Puttdächer mit einer Dachneigung von maximal 30° zulässig.  
 Bei Garagen, überdachten Stellplätzen, eingeschossigen Anbauten und Nebenanlagen sind auch Pult- und Flachdächer zulässig.  
 Der Dachüberstand darf maximal 0,3 m betragen.  
 Dachaufbauten und Dachschneitte sind je Dachseite auf bis zu 2/3 der Firstlänge zulässig. Vom Ortgang ist ein Abstand von mindestens 1,5 m einzuhalten.  
 Für die Dachdeckung sind ausschließlich Naturziegel und Zink in nicht glänzenden grauen und schwarzen Tönen sowie eine mindestens extensive Dachbegrenzung mit einer standortgerechten Vegetation zulässig. Das Dachbegrenzungssubstrat muss der FLL-Richtlinie (FLL = Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V., Bonn) für die Planung, Ausführung und Pflege von Dachbegrenzungen (Ausgabe 2009 bzw. den entsprechenden Neuaufgaben) entsprechen. Die Mindestsubstrathöhe beträgt 10 cm.
- 9. Einfriedungen**  
 Einfriedungen sind bis zu einer Höhe von 2,0 m über der festgesetzten Geländeoberfläche zulässig, wenn sie aus einer freiwachsenden oder geschnittenen Hecke aus lebensraumtypischen Pflanzen oder aus einem bepflanzt Rankengerüst bestehen (siehe Pflanzliste M1). Innenseitig der Hecke ist das Setzen eines offenen Zaunes, eines Rankgitters oder einer Gabionenwand in gleicher Höhe zulässig. Das Rankengerüst kann durch einen innenseitig offene Zaun oder eine Gabionenwand ersetzt werden.  
 Einfriedungen im Bereich des GFL sind unzulässig.
- 10. Vorgartenzone**  
 Die Vorgärten (Flächen zwischen den Baugrenzen und den Straßenbegrenzungslinien) sind vollflächig mit bodenbedeckender Vegetation (Rasen, Gräser, Wildblumen, Stauden, Kletterpflanzen, Gehölze) zu begrünen und dauerhaft zu erhalten. Davon ausgenommen sind die notwendigen Zuwegungen, Zufahrten, Stellplätze und Müllunterbringungen. Befestigte Flächen dürfen insgesamt 50% der Vorgartenflächen nicht überschreiten. Entlang der Straßenbegrenzungslinien sind Einfriedungen nur in Form von Mauern aus Ziegeln oder Beton, Gabionen oder heimischen Hecken bis zu einer maximalen Höhe von 0,6 m über der festgesetzten Geländeoberfläche zulässig.
- C Kennzeichnungen**  
**Bodenbelastung**  
 Im Plangebiet liegen erhöhte Schwermetall- und Dioxinwerte vor. Der Erdaustrub ist in die Belastungsgruppe Z2 einzustufen und bei anstehender Baumaßnahme auf entsprechenden Deponien zu verbringen. Nutzgärten sind mit einer unbelasteten Erdschicht von mindestens 70 cm, Ziergärten von mindestens 35 cm zu überdecken.
- D Hinweise**  
**Baugrund**  
 Der Bodenaushub ist auf einer entsprechenden Deponie zu verbringen. In Ziergärten werden gem. Bundesbodenschutzverordnung 35 cm, in Nutzgärten 60 cm Überdeckung mit unbelasteten Boden gefordert.  
 Wegen der Bodenverhältnisse im Auegebiet sind bei der Baugrunderkundung ggf. besondere bauliche Maßnahmen, insbesondere im Gründungsbereich, erforderlich. Hier sind die Bauvorschriften des Eurocode 7 „Geotechnik“ DIN EN 1997-1 mit nationalem Anhang, die Normblätter der DIN 1054 „Baugrund - Sicherheitsnachweise im Erd- und Grundbau - Ergänzende Regelungen“, und der DIN 18 196 „Erd- und Grundbau, Bodenklassifikation für bauliche Zwecke“ mit der Tabelle 4, die organische und organogene Böden als Baugrund ungeeignet einstuft, sowie die Bestimmungen der Baordnung des Landes Nordrhein-Westfalen zu beachten.

- Grundwasserverhältnisse**  
 Der Planbereich liegt in einem Auegebiet, in dem durch Sumpfungmaßnahmen der Grundwasserspiegel gesenkt wird. Der natürliche Grundwasserspiegel steht nahe der Geländeoberfläche an. Der Grundwasserstand kann vorübergehend durch künstliche oder natürliche Einflüsse verändert sein. Bei den Abdichtungsmaßnahmen ist ein zukünftiger Wiederanstieg des Grundwassers auf das natürliche Niveau zu berücksichtigen. Hier sind die Vorschriften der DIN 18 195 „Bauwerksabdichtungen“ zu beachten. Weitere Informationen über die derzeitigen und zukünftig zu erwartenden Grundwasserverhältnisse kann der Erdverband in Bergheim geben. (www.erfverband.de)
- Artenschutz**  
 Die Baufeldfreimachung - insbesondere die Entnahme von Gehölzen und die Beseitigung von Vegetationsstrukturen - sollte zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Nestern und Eiern (Artikel 5 VogelSchRL) bzw. Beschädigungen oder Zerstörungen von Fortpflanzungsstätten (§ 44 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit (01.03 bis 30.09. eines Jahres) stattfinden. Abweichungen hiervon sind möglich, wenn vorab gutachterlich festgestellt wurde, dass sich im Bereich des Baufeldes keine Vogelbrut befindet.
- Werden Gehölze in der Vogelbrutzeit entnommen, ist vorab eine Untersuchung auf Vogelbrut durchzuführen. Brüten Vögel in den Gehölzen ist das Ausfliegen der Jungvögel abzuwarten. Bei der Entnahme von Bäumen ist zudem eine Kontrolle auf Baumhöhlen mit Fledermausbesatz durchzuführen.
- Kampfmittel**  
 Es bestehen keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im Boden, es kann jedoch keine Garantie der Freiheit von Kampfmitteln gegeben werden. Daher sind bei Kampfmittelfunden während der Erd- Bauarbeiten die Arbeiten aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen und die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst NRW-Rheinland, Bezirksregierung Düsseldorf zu verständigen.
- Bodendenkmäler**  
 Im Plangebiet findet sich das Bodendenkmal DN 220. Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde oder Befunde ist die Gemeinde Inden als Untere Denkmalbehörde oder das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.
- Erbbebengefährdung**  
 Gemäß der Technischen Baubestimmungen des Landes NRW ist bei der Planung und Bemessung üblicher Hochbauten in die DIN 4149-2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen. Die Gemarkung Altford der Gemeinde Inden ist der Erdbebenezone 3 in geologischer Untergrundklasse 5 zuzuordnen.
- Externe Ausgleichsmaßnahmen (A1)**  
 Eine 1 ha große Grünlandfläche (Gemarkung Frenz, Flur 3, Flurstück 107) ist im Rahmen einer CEF-Maßnahme mit 20 lebensraumtypischen Laubbäumen (Hochstammqualität) zu bepflanzen (siehe Pflanzliste A1). Die Wiese ist durch Beweidung kurzrasig zu halten, dies gilt vor allem in der Brutzeit von April bis August. Die Baumwiese ist zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Der Aufwertsungsumfang beträgt 30.000 Okkupunkte, 9774 Okkupunkte werden davon benötigt. Es bleibt ein Rest von 20.227 Okkupunkten zur weiteren Verfügung durch die Gemeinde Inden.
- D Pflanzlisten**  
**PFLANZLISTE M1**  
**Schnitt-Hecke (jährlicher Schnitt)**
- |                   |           |
|-------------------|-----------|
| Carpinus betulus  | Hainbuche |
| Fagus sylvatica   | Robuche   |
| Ligustrum vulgare | Liguster  |
- Ungeschnittene Hecke (unregelmäßiger Pflegeschnitt möglich)**
- |                    |                     |
|--------------------|---------------------|
| Cornus sanguinea   | Hartleibeger        |
| Coryllus avellana  | Haselnuss           |
| Crataegus monogyna | Weißdorn            |
| Prunus spinosa     | Schlehe             |
| Salix aurita       | Öhrchenweide        |
| Sorbus aucuparia   | Berberis            |
| Viburnum lantana   | Wolliger Schneeball |
- Ranker**
- |                       |                         |
|-----------------------|-------------------------|
| Vitis vinifera        | Weinrebe                |
| Vitis quinquifolia    | Dreilappige Jungferrebe |
| Vitis tricuspidata    | Wilder Wein             |
| Clematis montana      | Waldrebe                |
| Hedera helix          | Efeu                    |
| Lonicera x heckrottii | Feuer-Geißelschlinge    |
- PFLANZLISTE A1**  
**Laubbäume**
- |                  |            |
|------------------|------------|
| Acer campestre   | Feldahorn  |
| Carpinus betulus | Hainbuche  |
| Castanea sativa  | Eskastanie |
| Fagus sylvatica  | Robuche    |
| Juglans regia    | Walnuss    |
| Quercus robur    | Stieleiche |
- PFLANZQUALITÄT**  
 Für die Pflanzung sind Sträucher in mindestens folgenden Pflanzqualitäten als Regiopflanzgut (nordwestdeutsches Tiefland) zu verwenden:  
 (M1) Schnitthecke Heckenpflanzen, 60-80 cm Höhe, Containerware  
 Ungeschnittene Hecke verpflanzte Sträucher, 4 Triebe, 60-100 cm  
 Ranker 60 - 100 cm Höhe, Containerware  
 (A 1) Baumwiese Hst., 3 x v, m.B. St.U 16-18 cm

## VERFAHREN

Der Rat der Gemeinde Inden hat in seiner Sitzung am ..... die Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ..... ortsüblich bekannt gemacht.	Über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung ist die Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom ..... bis ..... unterrichtet worden. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB erfolgte mit Schreiben vom .....	Dieser Plan ist gemäß § 3 (2) BauGB auf Grund des Ratsbeschlusses vom ..... in der Zeit vom ..... bis ..... öffentlich ausgelegt worden. Die Offenlegung wurde am ..... ortsüblich bekannt gemacht. Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (2) BauGB mit Schreiben vom ..... von der Auslegung benachrichtigt.
Inden, den .....	Inden, den .....	Inden, den .....
Bürgermeister .....	Bürgermeister .....	Bürgermeister .....
Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB durch den Rat der Gemeinde Inden am ..... als Satzung beschlossen.	Die Übereinstimmung der Planung mit dem Satzungsbeschluss vom ..... wird mit der Ausfertigung bestätigt. Der Bürgermeister ordnet die Bekanntmachung an.	Der Satzungsbeschluss wurde mit Angabe der Zeit und des Ortes, wo der Plan eingesehen werden kann, gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ..... ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.
Inden, den .....	Inden, den .....	Inden, den .....
Bürgermeister .....	Bürgermeister .....	Bürgermeister .....

## PLANUNTERLAGE

Es wird hiermit bescheinigt, dass dieser Bebauungsplan gegenwärtig die rechtmäßigen Grenzen in geometrisch richtiger Lage enthält und zur Zeit mit der Örtlichkeit und dem amtlichen Katasternachweis übereinstimmt.	Es wird bescheinigt, dass die städtebauliche Planung geometrisch eindeutig festgelegt ist.	Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548). Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58) geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509).
Düren, den .....	Dipl. Ing. .... Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur	
Dipl. Ing. .... Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur		

## LEGENDE

<b>Art der baulichen Nutzung</b> 1. 2. 1. überbaubare Fläche, 2. nicht überbaubare Fläche <b>WA WA</b> Allgemeine Wohngebiete	<b>Verkehrsflächen</b> Straßenverkehrsfläche Straßenbegrenzungslinie	<b>Sonstige Festsetzungen</b> Mit Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belastende Flächen Grenze des räumlichen Geltungsbereiches Hinweis Abwasserkanäle
<b>Maß der baulichen Nutzung</b> 0,4 Grundflächenzahl (GRZ) FH max: 10,0 m Firsthöhe als Höchstgrenze über Bezugspunkt TH max: 7,0 m Traufhöhe als Höchstgrenze über Bezugspunkt BP 107,41 m NHH Bezugspunkt in Meter über Normalhöhennull	<b>Schutz und Pflege von Natur und Landschaft</b> Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen Maßnahme 1, siehe Textliche Festsetzung Nr. 6	
<b>Bauweise, Baugrenzen</b> o offene Bauweise nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig Baugrenze	<b>Sonstige Planzeichen</b> St Umgrenzung von Flächen für Stellplätze St/Ga Umgrenzung von Flächen für Stellplätze und Garagen	<b>Entwurf und Bearbeitung</b> Köln, den 07.02.2020 Stadtplanung Zimmermann GmbH Linzer Straße 31 - 50939 Köln Tel.: 0221/411011-0 Fax: 4110 11-22

# GEMEINDE INDEN

## Bebauungsplan Nr. 36

### "Sportplatz Frenz"

## ÜBERSICHT M. 1:5000

